



Bierseitiger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.  
Post 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer  
fünfteligen Zeile in Zeitung 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
amtstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 16. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 10. Januar 1867.

## Deutschland. O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 9. Januar.

### 50. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10½ Uhr. Am Ministerstheater: Minister v. Schleom und mehrere Reg.-Commissare. Die Tribünen sind schwach besetzt.

Präsident v. Forckenbeck macht dem Hause die Mittheilung, daß der Vorsteher des stenographischen Bureaus, F. Stolze, in der vergangenen Nacht nach langen Leiden verstorben ist. Das Haus verliest am vorigen Abend eine langjährige treue Beamten. Seit 1847 war er beim vereinigten Landtage als Stenograph thätig und seit 1851 Vorsteher des stenographischen Bureaus dieses Hauses. Aber nicht nur als Beamter dieses Hauses, sondern um die Wissenschaft der Stenographie hat er sich auch in weiteren Kreisen außerordentlich verdient gemacht. Ich erüchre das Haus, um das Andenken des Verstorbenen zu ehren, sich von seinen Plätzen zu erheben. (Das Haus erhebt sich.)

Besonders Urklausen werden bewilligt. — Der Präsident theilt mit, daß in die Commission zur Vorberatung des Gesetzes, betreffend die Bauten in Städten und Dörfern, gewählt sind die Abg. Kraatz (Gladbach) als Vorsitzender, Senff als dessen Stellvertreter, Göttinger als Schriftführer, v. Brandt als Stellvertreter, Runge, v. Soden-Tarpischen, Warze, Willimel, Hoffmann (Döhlau), Lasker, Ziegler, v. Eichhorn, Neulenbergh und Hoppe.

Von dem Abg. Hartfort ist folgender Antrag eingebracht:

"Das hohe Haus wolle beschließen: die königl. Staatsregierung aufzufordern: 1) die Fischersahrzeuge mit festem Deck von den Belästigungen der Steuerkontrolle in sofern zu befreien, daß eine Gleichstellung mit den offenen Booten stattfindet; 2) ferner die steuerfrei Einfuhr der am Bord fertig gesetzten Fische, sowie der an verschiedenen Punkten der heimischen Küste gelandeten und dort präparirten und demnächst durch das Fahrzeug wieder eingetragenen Ware zu gestatten."

Auf den Vorschlag des Präsidenten wird dieser Antrag der Finanz-Commission überwiesen.

Es wird darauf in die L.-O. eingetreten, deren erster Gegenstand die Fortsetzung der Beratung über das Gesetz, betr. die Abänderung des Art. 69 Alinea 6 des Allg. D. Handels-Gesetzbuches über die Befugnisse der vereideten Handelsmänner, ist.

Abg. Dr. Achenbach (für die Regierungs-Vorlage): Für meine Abstimmung ist besonders der Grund maßgebend, daß es ein öffentliches Geheimnis ist, daß die bestehende Beschränkung, um deren Aufhebung es sich hier handelt, von Seiten des Publikums allgemein übertragen wird. Man sieht sich im Verkehr darüber hinweg nicht nur seitens der Männer, sondern auch des befehligen Publikums. Es ist deshalb ein Gebot für die Gesetzgebung, den Wünschen und Erfordernissen des Verkehrs hierzu zu folgen. Die Feststellung der Course haben die Männer durchaus nicht allein zu bejorgen, sondern vielmehr die Börsen-Commissare, die vor den Männern nur das nötige Material zur Unterlage erhalten, an das sie aber durchaus nicht gebunden sind. Auch der französische Code de commerce legt den Handelsagenten die Befugnisse der Coursesfeststellung bei, unterwirft sie aber nicht der Beiträgung des Handelsgesetzbuches. Die französische Gesetzgebung, die in solchen Sachen doch gewiß sehr gewissenhaft ist und dem allgemeinen Bedürfnisse Rechnung trägt, hat also diese Bedenken nicht gehabt. Der Schwund mit telegraphischen Telegrammen, auf den Herr Lasker hingewiesen hat, kann heute ebenso getrieben werden. Die amtlich festgestellten Courses spielen aber in der Handelswelt durchaus keine so bedeutende Rolle, wie es von einigen Seiten dargestellt wird. Auch ich wünsche, daß man bald das ganze Institut, das mit dem freien Verkehr nicht mehr verträglich ist, fallen lasse, und glaube, daß das Privilegium der vereideten Männer durch die Annahme des Gesetzes sich bald als noch unbelastbar zeige, als bisher.

Abg. Gneist (gegen die Regierungs-Vorlage): Es handelt sich bei dem vorliegenden Gesetz um die Befestigung eines Conflictes der Handelsmoral mit der Gesetzgebungsmoral. Die Hauptfrage dabei ist die, welchen Einfluß das Gesetz auf die Gestaltung des Männergewerbes haben wird. Es ist von den Befürwortern des Gesetzes gesagt worden: es werden einige Unbelastungen und Unbequemlichkeiten beseitigt werden; eine große Einwirkung wird es aber nicht ausüben, da nicht viel Gebrauch davon gemacht werden wird. Wenn dies wahr wäre, so würde damit ja die Bedürfnisfrage verneint. Ich bin aber entgegengesetzter Ansicht: ich glaube, daß durch die Annahme des Gesetzes ein sehr bedeutender Einfluß auf das Gewerbe der vereideten Männer ausgeübt werden wird. Unter den auswärtigen Auftraggebern herrscht sehr oft Misstrauen gegen die Commissare; man zieht es deshalb vor, zur Vermittlung seiner Geschäfte Männer zu wählen, die vom Staate sanctionirt sind und durch ihre amtliche Stellung eine gewisse äußerliche Garantie geben. Die Folge davon wird also sein, daß die vereideten Männer massenhaft schriftliche Aufträge von außerhalb zur Vermittlung von Geschäften erhalten werden.

Ich frage nun: kann es der Staat rechtfertigen, den vereideten Männern eine amtliche Vertrauensstellung zu geben, für als besonders unparteiisch und glaubhaft Personen einzustellen, ohne auch dafür zu sorgen, daß sie in der That die Unbefangenheit und Unparteilichkeit wahren, welche ihr Amt voraussetzt? Ohne dafür zu sorgen, daß die Beamten auch die ihnen zugeschriebenen Pflichten erfüllen können, damit sie im Publikum nicht mehr Gläuben erweden, als sie praetieren können? Denn durch Annahme des Gesetzes würden die Handelsmänner einfache Commissare werden. Der Art. § 69 des Art. des A. D. H. G. B. stellt sehr bescheidene Ansprüche an das Nach der Enthaltsamkeit der Handelsmänner; durch Änderung des Art. 6, würde aber der Männer bei Feststellung der amtlichen Coursesetzung, die er zu besorgen hat, ein directes Interesse gewinnen und dadurch leicht zu Pflichtverletzungen verführt werden. Die Motive, welche die Redner für das Gesetz anführen, sind keineswegs legislatorische Motive. Der Gesetzgeber darf nicht zulassen, daß die amtliche Stellung eines Beamten, der öffentliche Vertrauen genießt und unparteilich dastehen soll, eine so widersprüchsvolle wird, wie die der Männer, nach Annahme des Gesetzes werden würde. Denn sehr bald würden die Männer dann auch Proprié-Geschäfte treiben, indem sie sich von außerhalb schriftliche Stroh-Aufträge ertheilen ließen; dies ist noch ungefährlicher, als die Manipulation mit den Strohmännern.

Der hauptsächlichste Grund, der für das Gesetz vorgebracht ist, macht auf mich denjenigen Eindruck, wie manche Zeitungsreclamen, die ein Mittel empfehlen, „um einem dringend gefühlten Bedürfnisse abzuhelfen!“ Ja, schon vor 30 Jahren hat man dieselben Gründe vorgebracht; ein längst gefühltes Bedürfnis wird immer da sein, und dennoch ist die fragliche Beschränkung in das Handelsgesetzbuch aufgenommen worden. Wenn bei Handelspersonen nicht irgend eine unbelastigte Stellung geschaffen werden kann, so muß man Handelspersonen überhaupt keine amtliche Befugnis geben. Es liegt in der Natur der Sache: Wenn man den Vortheil einer Stellung hat, so möchte man auch noch gern die Vortheile von einer anderen Stellung haben. Es ist nicht richtig, wenn man sagt, daß ein großer Kampf da sei zwischen Männern und Commissaren und zwischen vereideten und unvereideten Männern. Wenn ein vereideter Mann kein rentables Geschäft macht, so kann er ja niedergelegen und unvereideter Männer oder Commissare werden; und umgekehrt wird ein unvereideter Mann, wenn er ein solider Geschäftsmann ist, leicht die Stellung eines vereideten Mannes erhalten können, zumal jetzt, wo der Andrang dazu nicht so groß ist. Die Sache liegt aber so: wenn man sie fragt: Wollt Ihr lieber Männer oder Commissare sein? so antworten sie: Lieber Männer und Commissare zu gleicher Zeit. (Heiterkeit.)

Auch die Gutachten der verschiedenen Handelsvorstände können mich von meiner Ansicht nicht abbringen; denn jedes Interesse ist kuriös; es sieht nur auf den nächsten Nutzen; so petitionieren die Seeleute um Aufhebung der Beschränkung für Schiffsmänner allein, die Berliner Börse will eine Ausnahme nur für Berlin. — Durch die Annahme des Gesetzes, m. h., würden die vereideten Männer zu gewöhnlichen Commissaren unter falscher Firma verwandelt werden. (Justizminister Graf zur Lippe tritt ein.) Wenn es nun selbst wahr wäre, daß die Stellung der vereideten Schiffsmänner in östlicher Beziehung unbelastbar wäre, so ist dies kein Grund, auch noch die rechtliche Unbelastbarkeit der Stellung hinzuzufügen. Die Gesetzesvorlage der Regierung scheint mir hervorgegangen aus einer wichtigen Nachgiebigkeit gegen den Geist des Tages. Ich finde das Verhalten der preußischen Regierung gegenüber dem deutschen Handelsgesetzbuch unverantwortlich oder mindestens schwer verantwortlich. Ich bitte Sie, sich zu erinnern, was für ein schweres Gesetzgebungswerk es war, bis das Handelsgesetzbuch und das

Wechselgesetz zu Stande kamen, welche bedeutende Interessen nicht blos in den Hansestädten, sondern auch in unseren alten Provinzen, welche sehr berechtigte Eigentümlichkeiten in der Rheinprovinz geopfert wurden, um endlich ein gemeinsames Handelsrecht zu Stande zu bringen. Und wie verfährt unsere Regierung nun?

Zwei oder drei Börsen petitionieren wegen eines Uebelstandes, den wir vor 30 Jahren ebenso genau kannten wie heute; und auf diese Petitionen von einem Paar preußischer Börsen soll ein Loch in das deutsche Handelsgesetzbuch geslagen werden (hört! hört!), welches unheilbar ist oder vielmehr das ganze Institut des vereideten Männer zu einer rechtlichen Unmöglichkeit macht. Wenn Sie so verfahren wollen, so kann ich vorweg sagen, daß die collidirenden Interessen bei jeder Börse so sind, daß sie jede Woche zwei oder drei Petitionen der Art gegen diesen oder jenen Paragraphen bekommen werden, nicht blos über die Männerfrage, sondern auch über andere Punkte des Handelsgesetzbuches, da die Handelsinteressen sich local oft sehr verschieden gruppieren. Ist das der Weg, meine Herren, das mühsam errungene gemeinsame deutsche Handelsgesetzbuch auf die allerleichtesten Beschwerden irgend einer Interessengruppe nun auf einmal abzuändern? (Hört! hört!) Ich kann nur sagen: ich finde für die ganze Gesetzesvorlage den einfachen Standpunkt: Bewahrung sans phrase! (Beifall.)

Reg.-Commissar Ed.: Die vom Vorredner ausgesprochene Ansicht, daß die preußische Regierung beabsichtige, durch Abänderung des Handelsgesetzbuches einen Log in das Einheitsrecht zu stoßen, ist eine durchaus irrtümliche. Im Art. 84 des Handelsgesetzbuches ist die ausdrückliche Bestimmung enthalten, daß es den einzelnen Landesgesetzen vorbehalten bleibe, je nach Bedürfnis die Pflichten der Handelsmänner anders zu normiren, weil man überzeugt war, daß es unmöglich sei, bei den ungleichmäßigen Verhältnissen in dieser Materie eine gleichmäßige Bestimmung aufrecht zu erhalten. Eine Erweiterung dieser Bestimmung ist also als Änderung oder gar Störung des gemeinsamen Werkes nicht zu betrachten. Ganz ähnlich verhält es sich ja mit den Art. 174 und 206 des Handelsgesetzbuches. Art. 174 bindet die Errichtung von Action-Commandit-Gesellschaften an die staatliche Genehmigung; Art. 206 behält es den einzelnen Landesvertretungen vor, diese Genehmigung für unnötig zu erklären. In Preußen nun hat man dies schon gethan und der damalige Landtag hielt dies für unbedenklich, und Niemand behauptete, daß dadurch ein Log in das Handelsgesetzbuch gestoßen werde. Die preußische Regierung hat steis mit großer Gewissenhaftigkeit an der Aufrechterhaltung des A. D. H. G. B. festgehalten und des ist vom Vorredner gemachte Vorwurf ist deshalb vollständig ungerechtfertigt.

Die Bedürfnisfrage muß die Staatsregierung durchaus bejahen, im höchsten Grade aber für die Schiffsmänner. Die Regierung hält gerade die vereideten Männer für besonders geeignet als Vermittler, da sie die befähigten und am meisten unparteiisch sind; es ist deshalb ein Bedürfnis für das Publikum, daß das Vermittelungsgeschäft nicht in die Hände der Commissare falle. Die Regierung wünscht das Gesetz deshalb nicht im Interesse der Männer, sondern des Publikums. Wenn die Regierung glauben könnte, daß die Unparteilichkeit und Glaubwürdigkeit der vereideten Männer dadurch gefährdet werden könnte, würde sie das Gesetz nicht befürworten. Die hierauf erzielten Erfolge sind aber nicht richtig, da sie der tatsächlichen Unterlage entbehren. Die Männer beziehen nämlich ihre Courtesy von ½ % nicht nach dem Courtswert, sondern vom Nominalwert der Papiere; sie haben also keinen Grund, aus selbstsüchtigen Interessen den Courts zu erhöhen. Selbst Commissionsgeschäfte zu treiben, wird ihnen nach wie vor durch Alinea 1 des Art. 61 verboten. Die Befürchtung, daß das Commissionsgeschäft durch das Gesetz Schaden leide, kann die Regierung deshalb nichttheilen. Sollte dies aber wirklich der Fall sein, so hätte die Regierung keine Veranlassung, in pecuniären Interessen der Commissare ein Gewicht zu zuladen, das sie im Interesse des Handels für durchaus nicht belastbar zeigen wird, als bisher.

Ein Antrag auf Schluss wird abgelehnt.

Abg. Elben (für die Vorlage): Ich erkenne in der gegenwärtigen Vorlage ein consequentes Festhalten der Regierung an ihrer früheren Position bei der Mittheilung des Entwurfs für das preußische Handelsgesetzbuch und auf der Nürnberger Conferenz. Allerdings hätte sie vielleicht weiter geben und das ganze Männerbuch abschaffen sollen; wenn sie dies aber noch nicht zuläßt, so muß man wenigstens zugeben, daß durch diese Vorlage einem allgemein gefühlten Bedürfnis Rechnung getragen wird, namentlich damit die Männer als reine Vertrauensmänner fortan der Concurrenz der Commissare entgegen treten können. Der Abg. Gneist hat die Frage, um die es sich hier handelt, ganz richtig gestellt, aber nicht ausreichend beantwortet. Will die Regierung die amtliche Position der Männer wahren, so wird die Garantie, die das Publikum beanspruchen muß, nicht in den jetzt noch bestehenden Beschränkungen gefunden werden können. Die Regierung hält das Bestehen dieses Amtes für nothwendig, um Männer zu haben, welche die nötige Sicherheit bieten, denen sie die Courtsnotiz übertrauen kann. Ich frage aber, ob durch ihre erweiterten Befugnisse ihre Glaubwürdigkeit irgendwie beeinträchtigt wird. Sie sind nur amtliche Mandatare des Publikums und das sollen und müssen sie sein.

Man sagt nun, sie werden den Courses in ihrer Gewalt haben. Aber diese Leute notiren ja den Courses erst am Schlusse der Börse nach ihren Mandaten und denen ihrer Concurrenten. So gut die Männer aber dann mit gefühlten Mandaten kommen können, ebenso ist es möglich, daß die Commissare, wenn nicht mit gefühlten, doch mit singulären Mandaten zur Börse kommen.

In England und Holland geht Alles durch die Hände von Commissaren und bei uns verhält es sich auf die Stellung und Functionen der Notare. Man sagt, nach der Annahme der gegenwärtigen Vorlage würden die Männer die Befugnisse haben, die sie praktisch übrigens schon jetzt ausüben, Geschäfte auf eigene Hand zu machen. Das will ich gerne zugeben, alle praktische Erfahrung in ähnlichen Fällen führt uns aber dabin, anzunehmen, daß das weniger geschehen wird, wenn mit der Annahme des neuen Gesetzes eine Menge Übelstände wegfallen werden, die jetzt schwer auf ihnen lasten; die Männer werden dann unter den schweren Strafbestimmungen nicht in der Lage sein, Dinge zu begehen, zu denen sie sich jetzt durch die Concurrenz der Commissare bewegen lassen. Der Unterschied in ihrer Stellung liegt darin, daß den Commissaren durch die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches die Befugnisse zu Theil geworden ist, in jedem Augenblick ihre Stellung als Commissare in die direkter Contrahenten zu verwandeln.

Das Gesetz hat diese Verfüllungen getroffen trotz vieler Bedenken, die auf der Nürnberger Conferenz dagegen geltend gemacht wurden. Wenn man aber glaubt, daß durch das neue Gesetz den Commissaren eine vernichtende Concurrenz erwachsen wird, so glaube ich das nicht, außerdem aber liegt das gerade ganz entschieden im Interesse des Publikums. (Sehr wahre!) Dasselbe wird dann in diesem Maße den nur von seinem Willen abhängigen Mandataren erblicken; bei dem Commissar steht das ganz anders. Wenn Personen an die Börse treten als Mandatare und im Laufe des Geschäfts aus Mandatoren bald auch wieder selbstständige Contrahenten werden können, so ist das das Schlimmste, was sich denken läßt. In dieser Beziehung wird uns das neue Gesetz nur Vortheile bringen. (Bravo.)

Ein Schlusshandlung wird wiederum abgelehnt.

Abg. Reichenheim: Der hr. Commissar und der hr. Vorredner geben von der irrtümlichen Meinung aus, daß durch dies Gesetz das Verkehrs-Interesse gefährdet werden wird. Mir scheint es auf der Hand zu liegen, daß durch dasselbe der größte Theil der Geschäfte in die Hände dieser Männer übergehen wird. Wenn sie dann mit einer großen Zahl auswärtiger Aufträge an die Börse treten werden, dann werden Sie empfinden, was es heißt, in ihrer Hand Nachfrage und Angebot zu vereinigen und ihnen und ihrem persönlichen Interesse die Normierung der Courses zu überlassen.

Wenn der hr. Vorredner meint, daß ja die Courses erst am Schlusse notiert werden, so sage ich, daß der Männer, wenn diese Vorlage durchgeführt, den Courses selbst mit zur Börse bringen und ihn allerdings hinterher notieren wird. Die Regierung legt ein großes Gewicht darauf, daß amtliche Coursesetzung existieren, aber ihr Wert ist schon hinreichend charakterisiert worden; sie enthalten auch manche Unrichtigkeiten, gerade weil die vereideten Männer die Schranken durchbrochen haben, welche ihnen das Gesetz früher zog. Die Regierung hat es nun für nothwendig befunden, die Rechte der Männer zu erweitern und ihnen die Annahme schriftlicher Aufträge zu gestatten. Wo aber auch immer eine solche Erweiterung eintritt, stellt sich, sobald es sich um die Verfolgung persönlicher Interessen handelt, sofort eine Gefährdung der Sicherheit ein. Wenn durch solche Maßregeln, wie sie die gegenwärtige Vorlage

beansprucht, auch nur die Möglichkeit gegeben wird, daß Übertretungen und Umgehung des Eides in erweiterten Maßstäbe stattfinden können — und das läßt sich hier mit Sicherheit voraus sagen — dann sollte man doch sehr vorsichtig sein und nicht die Möglichkeit geben, mit der Heiligkeit des Eides zu spielen. Wenn man ferner jagt, eine solche Maßregel werde hauptsächlich für die Berliner Börse Bedeutung haben, so bemerke ich zuvor, daß es ja durchaus nicht meine Absicht ist, die Interessen der Commissare irgendwie von dieser Stelle aus zu lösen — es kommt mir nur auf die Interessen des großen Verkehrs und seiner Freiheit an — aber in dem Moment, wo diese Maßregel ins Leben treten wird, werden die vereideten Männer ein Privilegium, ein Monopol erlangen.

Meiner Ansicht nach liegt die einzige Sicherheit in der großen Concurrenz, wie sie jetzt von den Commissaren gemacht wird. Außerdem aber dürfen wir nicht vergessen, daß die Berliner Börse nicht nur das Interesse des Platzes, sondern ein Staatsinteresse darstellt. Sie zieht durch ihr co-losales Wechselgeschäft eine ungeheure Menge großer Capitalisten an und gibt sie an die einzelnen Provinzen des Staates, ja an ganz Deutschland ab. Durch die jetzt vorgeschlagene Monopolisierung aber wird die Zusammensetzung des großen Handelsgegenwartes verändert, das wird die Mehrzahl derselben, welche ausgedehnt sitzt sind. In einer in schlechten Verhältnissen, so trägt die Schuld davon nicht seine befrüchtete Stellung, sondern der Mangel an Intelligenz, Selbstthätigkeit und Vertrauen. Seit 1861 hat sich in den Verhältnissen dieser Leute nichts geändert und nichts einen Anlaß gegeben, einen so tiefen Einschnitt in die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen zu machen, wie es die gegenwärtige Vorlage tut. Es liegt im Interesse des Verkehrs, dies schon längst überlegte Institut ganz zu beseitigen, aber nicht ein Gesetz zu schaffen, das einen glücklichen Erfolg unmöglich haben kann.

Abg. Schmidt (Randow): Gegen die Bemerkung des Herrn Vorredners, daß sich seit 1861 in den Verhältnissen der Männer nichts geändert hat, fahre ich an, daß 1859 in der ersten Handels- und Seestadt Preußens noch 39 Männer existierten und daß die Zahl heut schon auf 24 herangegangen ist, von denen auch noch mehrere gar keine Geschäfte mehr machen. Das durch das Handelsgesetzbuch eingeführte freie Männergewerbe hat einen wesentlichen Einfluss auf dieses Institut gehabt. Das Minimum von Verpflichtungen der amtlichen vereideten Männer ist allerdings eine Schärferung geworden, in welcher sie nicht abtreten und sich nicht ernähren können, und da muß man denn nicht Rücksicht nehmen auf die goldene Thätigkeit einiger Berliner Männer. Es ist möglich, daß hier einzelne in einem Jahre viel verdienen, als das Einkommen sämtlicher Männer beträgt; aber das ist eine sehr seltene Ausnahme. Die Annahme der Vorlage wird wesentliche Verkehrserleichterungen herbeiführen, und wenn noch für gewisse Fälle amtliche Coursesetzung notiert werden sollen, so kann man diese Concession gewähren, sonst werden wir in 10 Jahren gar keine amtlichen Männer mehr haben, wogegen ich freilich auch nichts einwenden habe. (Heiterkeit.) Das Ammentum des Abg. Zweiten halte ich für überflüssig und unlogisch, da die Schiffsmänner gar keine Verpflichtungen mehr haben, amtliche Feststellungen zu machen. Ich bitte also einfach die Vorlage zu genehmigen. (Bravo.)

Abg. v. Blaedenburg: Ich hatte gestern die Absicht für das Gesetz zu stimmen, weil ich gewohnt bin, in allen Dingen, die mir nicht vollständig klar sind, einer Autorität, und zwar am liebsten der Autorität der Regierung zu folgen. Nachdem ich aber ausmerksam den Gründen pro und contra gezeigt, bin ich diesmal ausnahmsweise in der Lage den Ausführungen der Herren Gneist, Lasker, Zweiten u. s. w. beizutreten zu können. Von den Herren dagegen, die für die Regierungs-Vorlage gesprochen haben, habe ich keinen anderen Grund gehört, als den, daß die bisherige Vorschrift doch schon übertreten werde. Mit Annahme dieses Gesetzes werden die Männer noch immer nicht ganz Commissare, aber sie werden sich doch so ähnlich werden, wie ein Ei dem anderen. Ich würde mich vielleicht bewegen lassen, das ganze Institut aufzuheben; aber den Männern Befugnisse beizulegen, in Folge deren ihrer Amt und ihr Interesse in Conflict gerathen, dazu kann ich mich nicht verstellen.

Abg. Graf Renard: Daß die amtlichen Coursesetzung sehr häufig unrichtig sind, ist zweifellos und die Art und Weise, wie die gemachten Courses notiert werden, ist ohne Contingenzen der amtlichen Männer unverständlich. Wenn Sie von Richtern und anderen Beamten Unparteilichkeit und Verschwiegenheit verlangen, so ist das natürlich. Wenn Sie aber den Männer auf ein Biedestal der Selbstverleugnung stellen, gegen welches die Selbstentfaltung der antiken Herren in Schatten tritt, so ist das, erlauben Sie mir diesen vulgären Ausdruck, „starfer Tabar!“ (Heiterkeit.) Wer sich an ein großes, respectable Haus wendet, erfährt von ihm mehr Wahrheit, als wenn er alle amt

Einführung der Klassensteuer an Stelle der Mahl- und Schlachtfsteuer in der Stadt Wittstock. Referent Abg. Krieger (Berlin) beantragt, daß das Haus seine Zustimmung ertheile und bemerkt dazu im wesentlichen: Seit 20 Jahren wird die Befreiung der verderblichen Mahl- und Schlachtfsteuer angestrebt, leider nicht mit Erfolg. Im Jahre 1820 hatten wir 132 Städte, in denen sie galt, im Jahre 1847 noch 114, im Jahre 1852 noch 87, im Jahre 1854 noch 81 und seitdem hat sich die Zahl nur bis auf 80 reduziert. Nach diesem Verhältnisse brauchen wir ein halbes Jahrhundert, um sie los zu werden. In den neuen Landesteilen ist sie unbelastet, ebenso wie unsere Provinz Westfalen sich von ihr frei gemacht hat. Es ist dies ein Moment mehr für die Regierung, mit der Befreiung der Mahl- und Schlachtfsteuer energisch vorzugehen.

Abg. Dr. Löwe: Wir sind jährlich in der Lage, uns mit Vorlagen ähnlichen Inhalts zu beschäftigen, wo eine Stadt nach der andern kommt, um sich von der Mahl- und Schlachtfsteuer zu befreien. Inzwischen hat die Regierung, was ich dankbar anerkenne, um vorwärts zu kommen, in den letzten Jahren Gutachten von den größeren Städten eingefordert, wie sie es mit diesen Steuern zu halten gedachten, und ob sie von denselben nicht abgeben zu müssen glaubten. So ein Gutachten ist nun für die Behörden ein sehr schweres Ding. Denn es handelt sich dabei nicht blos darum, die Mahl- und Schlachtfsteuer für vermöglich zu erklären, sondern sich zugleich darüber klar zu werben, durch welche Steuer sie wieder ersetzt werden sollte. So ist z. B. die Majorität der Stadtverordneten-Versammlung in Berlin durchaus von der wirtschaftlichen Verwerthlichkeit und der Ungerechtigkeit dieser Steuer überzeugt; die Verschiedenheit der Ansichten aber über die Art des zu treffenden Erfuges bewirkt dennoch, daß eine künftige Majorität für Beibehaltung der Mahl- und Schlachtfsteuer zu Stande kam. Das würde anders sein, wenn die Regierung ausprägte: diese Steuer ist schlecht, sie muß daher abgeschafft werden; dann würde man sich schnell einen neuen Modus vereinigen. Wir sind gegenwärtig in einem erfreulichen Aufschwung unserer kommunalen Verhältnisse begriffen; fast keine Stadt im Lande gibt es, die nicht in den letzten Jahren große Verbesserungen ins Werk gesetzt hat. Aber diese Verbesserungen sind angelebt auf die finanzielle Grundlage der Mahl- und Schlachtfsteuer hin; der Hauptbetrag der Summe, welche die Stadt dazu gebraucht, wird aus ihrem Anttheile an die Mahl- und Schlachtfsteuer entnommen.

Dem gegenüber neben Sie nun die auf der Grundlage des Dreiklassenwahlgesetzes ruhende städtische Verfassung, nehmen Sie ferner die gesetzliche Bestimmung, daß die Grundbesitzer in der städtischen Vertretung besonders vertreten sein müssen. Ich bin zwar nicht der Meinung, daß das Gesetz den Charakter und das Schicksal der Gemeinden bestimmt; der Charakter unseres Volkes ist, Gott sei Dank, ein so glücklicher, daß er, trotzdem das Gesetz nun schon so lange einwirkt, doch keine Dreiklassen-Unterschiede und keine besondern Interessen in der städtischen Verwaltung hat zur Geltung kommen lassen. Dessen ungeachtet liegt der Gedanke sehr nahe, daß der Grundbesitz durch die Verbesserungen, die auf dem Grunde und Boden der Gemeinde vor sich gehen, die Möglichkeit hat, ohne besondere Belastung diese Verbesserungen haben zu können. Der Grundbesitzer, der Hausherr steht natürlich alle die Vortheile, die ihm dabei gegeben werden, ruhig ein. Soll er sich nun bei einem von ihm geforderten Gutachten überlegen, welche andere Steuer er selbst tragen will? Meine Herren, das geht gegen die menschliche Natur! Jeder will so wenig Steuern wie möglich zahlen, und wenn die Regierung daher auf dem jetzigen Wege der bloßen Einholung von Gutachten bleibt, so ist 10 gegen 1 zu wetten, daß sie in der Mehrzahl die Antwort erhält: es ist zwar eine schlimme Steuer, aber wir wollen doch lieber beim Alten bleiben. Dena — und das ist der Kern der Frage — jeder Erfolg wird eine gerade denjenigen auferlegte Steuer sein, von denen die Regierung das Gutachten einfordert. Es ist dringend geboten, endlich die letzte Zollschanke im Lande fallen zu lassen. (Beifall.)

Reg.-Commissar Scheele: Da die Aushebung der Mahl- und Schlachtfsteuer für alle größeren Städte eine der wichtigsten Fragen ist, so hat die Regierung es für angemessen gehalten, den beteiligten Städten eine wesentliche Stimme dabei zuzugeben. Wenn dieselben aber sich ihrer großen Mehrzahl nach mit Entschiedenheit gegen die Aufhebung erklärten haben, wenn ihnen dabei ja gar nicht fremo sein könnte, daß als Erfolg nur die Klassensteuer gelten kann, also ein Zuschlag zu den bestehenden Klassensteuer und sie dennoch sich gegen die Aufhebung erklärten haben, so mutet man der Staatsregierung zu viel zu, wenn man verlangt, sie solle die Aufhebung anordnen.

Abg. v. Vinde (Hagen): Es handelt sich hier nicht um ein fiscalisches Interesse, sondern um das officium der Regierung, eine gerechte Steuer herzustellen. Wenn sie sich dabei auf den Wunsch der Städte stützen wollte, so würde sie bei den meisten derselben sehr lange warten können. Aber es funktionierte nicht die Repräsentanten der ärmeren Klassen, sondern die der Vermögenderen als Vertreter der Stadt und diese werden im Interesse ihres Geldbeutels immer Gründe auffinden gegen die Aufhebung der Mahl- und Schlachtfsteuer. — Redner weist auf die neuworbenen Landesteile hin, in denen die Mahl- und Schlachtfsteuer unbekannt ist und in denen man sie als das Kennzeichen ungünstiger Steuerzulage betrachtet; ferner auf die Broschüre des hannoverischen Ministers v. Exleben, in der diese Ansicht ausgesprochen ist, und erinnert an sein eigenes Verdienst um die Aufhebung der Mahl- und Schlachtfsteuer in der Provinz Westfalen.

Reg.-Commissar Scheele entgegnet, daß er den fiscalischen Standpunkt nur nebenbei berücksichtigt, das Gewicht aber darauf gelegt habe, daß die Regierung das Gutachten der Städte nicht umgehen könne.

Abg. v. Vinde-Oldendorff hebt die Ungerechtigkeit der bestehenden Besteuerung dem platten Lande gegenüber hervor.

Abg. Michaelis (Stettin): Wenn die Regierung die Reform dieser Steuer lediglich von den Gutachten der Städte abhängig machen will, so wird sie hinter der öffentlichen Meinung weit und lange zurückbleiben. Denn die Personen, welche Beschlüsse fassen über Ausgaben, für welche sie die Einnahmen durch Besteuerung ihrer Mitbürgern aufbringen müssen, werden es immer vorziehen eine Besteuerung beizubehalten, bei welcher ihre Mitbürgern nicht merken, wieviel sie erheben, als eine direkte Steuer einzuführen, bei welcher selbst der leiste Pfennig nachgerechnet werden kann. Die Kontrolle der Mitbürger ist eine unglaublich geringere bei dem Besteuer des Octrois, als wenn an seine Stelle direkte Steuern traten. Sie befragen die städtischen Vertretungen, die zum großen Theil aus städtischen Grundbesitzern bestehen müssen. Die städtischen Grundbesitzer zu Berlin haben die Mahlsteuer erfunnen, um die Besteuerung des Bodenwertes abzuwälzen auf die große Masse der Steuerzahler.

Man fragt diese Interessenten, welche nach Aufhebung des Octrois eine höhere Hausteuer an sich herankommen seien, während doch das allgemeine Interesse gefragt werden soll und das wirtschaftliche Bewußtsein des Volkes. Das ein Theil der Bewohner des Landes in den schlachtf- und mahlfsteuerpflichtigen Städten zu kommunalen und Staatsabgaben nochmals beitragen müssen, das wird ihnen auch nach Abschaffung der Steuer schwer erspart werden; denn sie werden zur erhöhten Mietbsteuer bei den Gastwirthen und den Chambres d' гардии beitragen müssen. Das wahre Interesse des Landes liegt in einem ganz anderen Punkte: in der künstlichen Veränderung der Production und Consumption von Fleisch und der Fleischverbrauch heißt die Dünnerproduction, die frisch emporziehende Landwirtschaft.

Abg. Dr. Gneist: Die Comränen sind wohl im Stande, der Regierung Auskunft zu geben über Nebestände bestehender Steuern, aber sie dürfen nicht als begutachtende Behörden über volkswirtschaftliche Fragen, über die zweitmäßige Besteuerung behandelt werden. Die Comränen mit diesen Austrägen zu beobachten, ist ganz nutzlos (sehr richtig), und es liegt darin keine Bedeutung für ihre Vertretungen, ich wenigstens nehme die angebliche Verleugnung getrost auf mich. Sie sind gar nicht so zusammengefegt, um die Fragen zu beantworten, die der Herr Minister selbst beantworten muß. In den großen Städten bestehen sie mindestens zu  $\frac{1}{2}$  aus Hauseigentümern, zu  $\frac{1}{2}$  aus Mietnern der höheren Classe. Sind das Körperschaften, die man verständiger Weise über den zweitmäßigen Modus der Besteuerung befragen kann? Wenn die Regierung so fortfährt, immer nur die Interessengruppen zu befragen, so kommen wir in ein wahres Chaos; denn die Gutachten lassen sich vorversagen, wenn man seine Commune kennt. Man bekommt lauter widerstprechende Antworten, je nachdem in der städtischen Vertretung das Ackerbürgerthum, das Gewerbe oder der Großhandel vorwiegt.

Die Frage wegen der zweitmäßigen communalbesteuerung muss die Regierung mit dem Beirat der größeren, vielfältigen Versammlung, die die Verfassung bietet, selbst entscheiden. Es ist an der Zeit, diese Anomalie unserer Steuergesetzgebung zu befeiigen, anstatt durch compilatorisches Herumfragen die Verantwortlichkeit von sich abzuwälzen. Der Erfolg der ausgehobenen Steuer durch eine direkte wird anfangs Widerstand erzeugen, aber schon nach wenigen Jahren der Gewöhnung wird die Regierung dafür Dank ernten. Vom fiscalischen Interesse aus muß sie allerdings dagegen sein, da die Klassensteuer nicht vollen Erfolg bietet. Wir als Haussvertreter haben aber das wirtschaftliche über unsere kommunalen Interessen zu segnen und nicht zu fragen, ob die Majorität unserer nächsten Sonderinteressen pro oder contra Mahl- und Schlachtfsteuer ist.

Reg.-Commissar Scheele protestiert gegen die Aussage, daß der Finanzminister sich lediglich nach den von den Städten eingegangenen Gutachten entschließe werde.

Abg. Dr. Birchow: Es ist allerdings sehr möglich, in einer städtischen Vertretung sich über die Aufhebung der Mahl- und Schlachtfsteuer schlüssig zu

machen; denn diese Steuer trifft gerade diejenigen am schwersten, welche in derselben am wenigsten Einfluß haben. Dazu kommt, daß selbst die Regierung keine feste Position in dieser Frage einnimmt; noch neulich hat sie die Zustimmung dazu ertheilt, daß in Graudenz 25 pf. Zuschlag zu derselben erhoben werde. So viel steht fest, daß die Schäden der Steuer sich mit jedem Jahre steigern; zumal die Steuer gerade auf die Gesundheit der arbeitenden Klassen, die eigentliche Volksschafft, einen durchaus nachteiligen Einfluß ausübt. Jeder Schritt, der hierin eine Verbesserung herbringt, muß deshalb so schnell als möglich gethan werden. Die Regierung darf deshalb den Städten auch nicht die schwierige Frage des Erfuges des Steuerausfalls zuschieben; gerade hier in Berlin ist die Aufhebung der fraglichen Steuer hieran gescheitert.

Der Gesetzentwurf wird darauf einstimmig angenommen.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Referent Abg. Krieger motiviert unter zunehmender Unruhe des Hauses, die seine Worte bis zur Journalistentribüne nicht dringen läßt, den Commissionsantrag.

Derselbe wird sodann einstimmig angenommen.

Es folgt der dritte Gegenstand der L.-O.: Bericht der Justiz-Commission, betreffend die Bestrafung der unbefugten Aneignung von Bernstein und der Abänderung der Bestimmungen im Busch 228 des ostpreußischen Provinzialrechts.

Die Commission schlägt folgenden Gesetzentwurf vor:

Art. I. Wer Bernstein, ohne zu dessen Gewinnung befugt zu sein, in der Absicht in Besitz nimmt, sich solchen rechtswidrig zuzueignen, wird mit Geldbuße bis zu Tausend Thaler oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. Der Verlust, die Theilnahme, die Hehlerei und die Begünstigung wird mit gleicher Strafe bestraft.

Art. II. Soweit in einzelnen Landesteilen gegen das unbefugte Aneignen oder das Verheimlichen von Bernstein noch Strafbestimmungen in Geltung sind, treten dieselben außer Kraft.

Art. III. Die rechtswidrige Biegung schon gewonnenen Bernsteins ist nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches über Diebstahl oder Unterhödigung zu bestrafen.

Art. IV. An die Stelle der §§ 1 bis 13 des Busches 228 des Provinzialrechts für Ostpreußen, Litauen, Ermland und den Marienwerderischen landrätschen Kreis treten folgende Bestimmungen: § 1. Wer Bernstein, gleichviel, ob er in der Östsee und am Strand derselben, sowie im frischen und im litorialen Hafte gefunden wird, oder im Binnenlande vorkommt, ist ein vorbehaltetes Eigenthum des Staates. § 2. Wer, ohne zum Bernstein-Sammeln befugt zu sein, solchen zufällig auffindet, findet oder gräbt, hat alle Rechte und Pflichten eines Finders (Allgemeines Landrecht Theil 1. Titel 9, §§ 19 bis 22 und §§ 43 bis 72).

Hierzu sind folgende Änderungs-Vorschläge eingegangen: 1) vom Abg. Senff: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1. im Art. I. in der ersten Zeile zwischen „Wer“ und „Bernstein“ einzufügen: „noch nicht gewonnenen“; 2. den Art. III. in Art. II. und Art. III. umzuwandeln; 3. den Art. III. des Commissions-Vorschages dahin zu ändern: „Wer schon gewonnenen Bernstein einem Anderen in der Absicht wegnimmt, ihn sich rechtswidrig zuzueignen, ist nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches zu bestrafen“;

4. den Art. II. des Commissions-Vorschages im Falle der Annahme des Vorschages zu 2 dabin zu fassen: „Soweit in einzelnen Landesteilen abweichende Strafbestimmungen oder solche gegen das Verheimlichen von Bernstein in Geltung sind, treten dieselben außer Kraft.“

2) vom Abg. Dr. Achenbach: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Unter Annahme des Art. I. und II. des Regierungs-Entwurfs in die letzte Zeile des Art. II. des letzteren Entwurfs hinter die Worte: „des Strafgesetzbuches“ einzufügen, § 349.“

Berichterstatter Abg. John empfiehlt den Commissionsentwurf und bestätigt die Amendenments Achenbach und Senff.

Abg. Achenbach motiviert sein Amendment.

Regierungs-Commissar v. Schelling erklärt sich mit den Abänderungs-Vorschlägen der Commission einverstanden, ist aber gegen die beiden Amendenments.

In der Specialdiscussion zu § 1 befürwortet Abg. Senff sein zu § 1 gestelltes Amendment; Abg. Michaelis (Ullenstein) empfiehlt dasselbe gleichfalls, Abg. Dr. Simon empfiehlt die Commissionsvorlage und erklärt das Amendment Senff für überflüssig.

Abg. Senff empfiehlt sein Amendment nochmals.

Referent Abg. John erklärt das Amendment Senff für überflüssig.

Abg. Achenbach zieht sein Amendment zurück, da die Regierung nicht darauf eingehen wolle.

Bei der nun erfolgten Abstimmung wird das Amendment Senff zu § 1 verworfen, der § 1 der Commissionsvorlage angenommen.

Nachdem Abg. Senff nunmehr seine übrigen Amendenments zurückgezogen, wird das Gesetz nach der von der Commission beschlossenen Fassung angenommen.

Letzter Gegenstand der L.-O. ist der Bericht der Commission für Finanzen und Zölle über den Gesetzentwurf, betreffend die Regelung der directen Besteuerung in dem Fürstenthume Hohenzollern-Hochtingen.

Referent Abg. Graf rechtfertigt die Anträge der Commission, welche darin gehen, im § 1 des Gesetzes, welcher die einzelnen „durch Königliche Verordnung“ aufzuhebenden Abgaben bezeichnet, hinter den Worten „Königliche Verordnung“ einzufügen: „bis längstens den 1. Januar 1870“ und § 5 der Regierungs-Vorlage, welcher für Besitzer bisher steuerfreier Grundstücke eine Entschädigung festlegt, zu streichen, da in dem landesherrlichen Erlass vom 4. Mai 1848 ausdrücklich die Aufhebung der Steuerfreiheit der fürstlichen Güter in Aussicht genommen ist gegen den Bericht des Landes auf alle Forderungen wegen des Klosters Stetten, des Stiftes Bisingen u. c. Ferner geht aus dem Protocole der Deputirten-Versammlung vom 15. April 1848 klar hervor, daß dies eine durchaus rechtsgültige Vereinbarung zwischen Fürst und Volk sei. — Nach dem Schluß der General- und Eröffnung der Special-Discussion wird § 1 der Vorlage mit dem von der Commission beantragten Befüllung angenommen, ebenso die §§ 2, 3, 4. Zu § 5 erhält das Wort

„unter Annahme des Art. I. und II. des Regierungs-Entwurfs in die letzte Zeile des Art. II. des letzteren Entwurfs hinter die Worte: „des Strafgesetzbuches“ einzufügen, § 349.“

Berichterstatter Abg. John empfiehlt den Commissionsentwurf und bestätigt die Amendenments Achenbach und Senff.

Regierungs-Commissar v. Schelling erklärt sich mit den Abänderungs-Vorschlägen der Commission einverstanden, ist aber gegen die beiden Amendenments.

In der Specialdiscussion zu § 1 befürwortet Abg. Senff sein zu § 1 gestelltes Amendment; Abg. Michaelis (Ullenstein) empfiehlt dasselbe gleichfalls, Abg. Dr. Simon empfiehlt die Commissionsvorlage und erklärt das Amendment Senff für überflüssig.

Abg. Senff empfiehlt sein Amendment nochmals.

Referent Abg. John erklärt das Amendment Senff für überflüssig.

Abg. Achenbach zieht sein Amendment zurück, da die Regierung nicht darauf eingehen wolle.

Bei der nun erfolgten Abstimmung wird das Amendment Senff zu § 1 verworfen, der § 1 der Commissionsvorlage angenommen.

Nachdem Abg. Senff nunmehr seine übrigen Amendenments zurückgezogen, wird das Gesetz nach der von der Commission beschlossenen Fassung angenommen.

Letzter Gegenstand der L.-O. ist der Bericht der Commission für Finanzen und Zölle über den Gesetzentwurf, betreffend die Regelung der directen Besteuerung in dem Fürstenthume Hohenzollern-Hochtingen.

Referent Abg. Graf rechtfertigt die Anträge der Commission, welche darin gehen, im § 1 des Gesetzes, welcher die einzelnen „durch Königliche Verordnung“ aufzuhebenden Abgaben bezeichnet, hinter den Worten „Königliche Verordnung“ einzufügen: „bis längstens den 1. Januar 1870“ und § 5 der Regierungs-Vorlage, welcher für Besitzer bisher steuerfreier Grundstücke eine Entschädigung festlegt, zu streichen, da in dem landesherrlichen Erlass vom 4. Mai 1848 ausdrücklich die Aufhebung der Steuerfreiheit der fürstlichen Güter in Aussicht genommen ist gegen den Bericht des Landes auf alle Forderungen wegen des Klosters Stetten, des Stiftes Bisingen u. c. Ferner geht aus dem Protocole der Deputirten-Versammlung vom 15. April 1848 klar hervor, daß dies eine durchaus rechtsgültige Vereinbarung zwischen Fürst und Volk sei. — Nach dem Schluß der General- und Eröffnung der Special-Discussion wird § 1 der Vorlage mit dem von der Commission beantragten Befüllung angenommen, ebenso die §§ 2, 3, 4. Zu § 5 erhält das Wort

„unter Annahme des Art. I. und II. des Regierungs-Entwurfs in die letzte Zeile des Art. II. des letzteren Entwurfs hinter die Worte: „des Strafgesetzbuches“ einzufügen, § 349.“

Berichterstatter Abg. John empfiehlt den Commissionsentwurf und bestätigt die Amendenments Achenbach und Senff.

Regierungs-Commissar v. Schelling erklärt sich mit den Abänderungs-Vorschlägen der Commission einverstanden, ist aber gegen die beiden Amendenments.

In der Specialdiscussion zu § 1 befürwortet Abg. Senff sein zu § 1 gestelltes Amendment; Abg. Michaelis (Ullenstein) empfiehlt dasselbe gleichfalls, Abg. Dr. Simon empfiehlt die Commissionsvorlage und erklärt das Amendment Senff für überflüssig.

Abg. Senff empfiehlt sein Amendment nochmals.

Referent Abg. John erklärt das Amendment Senff für überflüssig.

Abg. Achenbach zieht sein Amendment zurück, da die Regierung nicht darauf eingehen wolle.

Bei der nun erfolgten Abstimmung wird das Amendment Senff zu § 1 verworfen, der § 1 der Commissionsvorlage angenommen.

Nachdem Abg. Senff nunmehr seine übrigen Amendenments zurückgezogen, wird das Gesetz nach der von der Commission beschlossenen Fassung angenommen.

Letzter Gegenstand der L.-O. ist der Bericht der Agrar-Commission über Petitionen, Bericht der

Petitions-Commission, Bericht über den Bau der Staats-Eisenbahnen und Wahlsprüchen. Schluß 3½ Uhr.

Berlin

70,012, 43, 126, 76, 89, 236, 311 (30), 51, 54, 88, 648, 61, 69 (30).  
 703, 12, 42, 860, 86, 913, 71, 121, 203, 43, 51, 312, 49, 70 (30), 617,  
 42 (30), 90, 807, 61 (40), 84, 916 (40), 72, 036, 120, 30, 34, 36, 56,  
 70, 96, 200, 2, 67, 356, 71, 438, 69, 75, 84, 500, 52, 611, 717 (50),  
 23 (30), 67, 809, 23, 73, 019, 56, 74, 96, 108, 12, 47, 66, 70, 223 (10),  
 94 (30), 99, 319, 58, 90, 404, 72, 580 (60), 699, 708, 13, 35, 69,  
 828, 901, 10, 97, 74, 048, 49, 161, 66, 205, 52, 318, 407, 83, 564,  
 612, 51, 96, 716, 60, 74, 837, 52, 87, 98, 957 (30), 75, 014, 27, 34,  
 38, 118, 20 (60), 334, 90, 405, 500, 703 (30), 82, 922, 34, 76, 011,  
 82, 169, 95, 201, 312, 62, 454, 569, 645, 87, 714, 80, 888 (30),  
 959, 85, 77, 003, 14, 24, 33, 46, 51 (30), 103, 24, 87, 255, 336, 420,  
 46, 500, 99, 636, 60, 96, 740, 45, 52, 98, 861, 923, 81, 78, 051, 107,  
 25, 71, 92, 220, 22, 84, 332, 85, 448, 621 (30), 72, 741, 824, 37,  
 85, 924, 79, 012, 51, 74, 106, 16, 38, 77, 235, 49, 510, 610, 730,  
 42, 71, 811, 50, 75, 946, 54.

**80,019.** 89, 92 (30), 200, 3 (30), 85, 315, 412, 501 (30), 40, 92,  
 604, 45, 778 (30), 835, 53, 97, 911, 15, 30, 81, 067, 120, 212, 68,  
 92, 357, 77 (40), 97, 407 (30), 75, 644, 67, 724, 35, 99, 843, 99, 900,  
 81 (30), 99 (30), 82, 008 (30), 29, 51 (40), 72, 158, 232, 56, 351, 67, 79,  
 442, 72, 75, 84, 526 (40), 98, 608, 758, 885, 906, 83, 024, 68, 151,  
 216, 95, 438, 61, 66, 503, 729, 61, 812, 900, 84, 016, 51, 85, 189,  
 211, 91, 360, 92, 406, 15, 98, 507, 63, 620, 30, 49, 718, 49, 873,  
 85, 015, 36, 96, 162, 67, 247, 50, 68, 328, 45, 427, 557, 618, 717,  
 919, 86, 014, 29, 166, 83, 225, 306, 57 (40), 74 (40), 412, 50, 507,  
 36 (30), 89, 99 (30), 609 (30), 64, 79, 90, 704, 823, 45, 46, 87, 039, 87,  
 110, 61, 63, 95, 467, 554, 67, 658, 59, 82, 700, 21 (30), 35, 47 (40), 60,  
 90, 94, 99, 817, 86, 931, 35, 57, 64, 88, 043, 53, 256, 305, 13, 83,  
 530, 96 (30), 606, 13, 37 (40), 70, 719, 880, 966 (30), 89, 060, 83, 190,  
 91, 217 (30), 41, 339, 41, 95 (30), 406, 7, 509, 75, 657, 702, 836,  
 85 (30), 950.

**90,007** (40), 14, 34, 58, 78, 123, 38, 48, 71, 230, 32 (50), 316, 41,  
 49 (30), 73, 459, 62, 524, 56, 689, 701, 14, 70, 98, 808, 38, 58,  
 91, 033, 63, 134, 57, 78, 201, 11, 380, 85, 413, 36, 515, 39 (30), 41,  
 47, 82, 635, 79, 88, 735, 73, 81, 93, 831, 69, 951, 70, 85, 92, 112,  
 31, 42, 88 (30), 263, 69, 342, 57, 89, 435, 506 (30), 91, 636, 81, 94,  
 701, 18, 40, 75, 804 (1200), 84, 920, 22, 93, 033, 55, 144, 62, 80,  
 201, 8 (40), 85, 337, 48, 53, 461, 67, 97, 516 (30), 17, 45, 68 (100),  
 635, 50, 71, 813, 99, 920, 62, 66, 94, 014, 27, 62 (30), 77, 280, 94,  
 308 (500), 34, 80, 402, 12, 38, 500 (30), 44, 45, 46, 52, 623, 31 (30),  
 772, 92, 96 (30), 882, 99, 908, 66, 88, 96.

**× Sorau,** 8. Januar. [Preßproces.] Heute Vormittag wurde beim Königl. Appellationsgericht in Frankfurt a. O. ein Preßproces gegen den Redakteur der „Sorauer Zeitung“ verhandelt. Derselbe betrifft die unter „Pforten“ veröffentlichten Artikel in den Nr. 60 und 67 der „Sorauer Zeitung“ von 1866, in welchen vom hiesigen kgl. Kreisgericht Bekleidungen des Stadtrichter Landsthal und Förster Reichert aus Pößnitz sowie Schmähungen der Anordnungen des hiesigen Landrats gefunden wurden und auf Grund der §§ 101, 102, 152 des Str.G.B., sowie der §§ 34, 50 und 54 des Preßgesetzes auf 14 Tage Gefängnis, Verlust des Beugriffs zum Buch- und Steindruckereigewerbe und Verhinderung der incriminierten Artikel erkannt ward. Der Angeklagte verteidigte sich selbst; es gelang ihm aber nicht, die Abänderungen des ersten Erkenntnisses herbeizuführen. Auch das Appellationsgericht hält entgegengefeht der Ansicht des Angeklagten die Vorbeschaffungen der Preßgewerbetreibenden durch die Amnestie nicht für aufgehoben. — Glücklicherweise wird durch die allerhöchste Amnestie vom 20. September 1866 Fränkel vor der Vollstreckung der wider ihn verhängten Strafe befreit.

### Ö ster r e i ch.

**Wien,** 8. Januar. [Die bereits telegraphisch mitgetheilte Antwort des Kaiserl. an die Neujahrs-Deputation des ungarischen Landtags lautet wörtlich:

Mit Wohlgefallen nehme Ich die Glückwünsche der landläufig versammelten Stände und Vertreter entgegen und erwiedere selbe aus der Tiefe Meiner Seele.

Wolle der Allmächtige gestatten, daß das neue Jahr durch die Segnungen des Friedens für die erlittenen Verluste einige Entschädigung gewähre und daß es dem wechselseitigen Vertrauen gelingen möge, die sicheren Grundlagen der Wohlfahrt und der constitutionellen Entwicklung auch in Meinem ge- liebten Königreiche Ungarn je eher dauernd zu befestigen.

### N i m e r i c a.

**Buenos Ayres,** 26. Nov. [Vom Kriegsschauplatz.] Seitdem der brasiliische Feldmarschall Marquez de Caxias hier durch nach dem Kriegsschauplatz abgegangen und — rebenheit bemerkte — hier offiziell sehr glänzend und mit vieler Reise-Aufwand empfangen worden ist, da er noch vom Kriege gegen den tyrannischen Rosas hier in gutem und rühmlichem Andenken steht, herrscht unter den Portenos\*) jene schwule Stille der Erwartung, welche dem Sturm und den Sturm Nachrichten vorherzugeben pflegt. Man weiß zwar schon, daß Feldmarschall Caxias außerordentlich freudig von dem ganzen alliierten Heere aufgenommen worden und die hier im Stillen ihr Wege treibenden Gegner der Triple-Allianz haben auch bereits erschienen, daß der neue Oberbefehlshaber der gesammelten brasiliischen Kriegsmacht Landwehr und Flotte in bestem Endergebnis mit dem Präsidenten unserer Conföderation, General Mitre, General en chef der ganzen Armee steht, aber weiter weiß man nichts und namentlich nicht, zu wann wohl eine neue, endlich entscheidende Operation gegen die Paraguays zu erwarten ist. Feldmarschall Caxias hat sofort die ganze Stellung bei Tuyutí recognoscirt, vor den Hand aber nur sehr geringe Aenderungen befohlen und wollte sich beim Abgang der letzten Nachrichten aus Corrientes, über den Paraguay hinaus nach dem Fort Turazu begeben, um auch diese Stellung gegen den Feind erst kennen zu lernen. Die beiden Divisions- oder Corps-Commandeurs, Polvoro Quintanilha und Porto Allegre hat er in ihren Commandos bestätigt. Mit dem bisherigen Commando der Flotte durch den Viceconde de Tamandaré scheint es aber vorbei zu sein, denn von den Offizieren im Gefolge des Marchalls Caxias hörte man während ihres hiesigen Aufenthaltes, daß in Rio de Janeiro demnächst ein Nachfolger für ihn ernannt werden würde, und zwar wahrscheinlich der Contre-Admiral Staatsrat Ignacio\*\*, zu dessen energischer Thätigkeit der Marquez Caxias großes Vertrauen hat. Ob die Paraguays nun abermals auf zwei Punkten oder mit der ganzen Macht nur auf einem angegriffen werden, muß die Zeit lehren. Was die Portenos betrifft, so sind sie mit dem Nachsenden von Versicherungen vor der Hand fertig, denn schon die Legten sind außerordentlich mühsam und dessen ungeachtet noch unvollständig zusammengemolten, und die Vorgänge in den westlichen Staaten der Conföderation lassen es wenigstens nicht räthlich erscheinen, daß Buenos Ayres sich vollständig entblößt. Zwar hat sich das eifrig von den Föderalisten (den Feinden des Präsidenten Mitre und der Triple-Allianz) verbreitete Gericht, daß der General Melgarejo, Präsident der Republik Bolivia, einen feindlichen Einfall in das Gebiet der Conföderation beabsichtige und dazu Truppen an der Grenze des Staates Juguí sammle, nicht bekräftigt, aber dafür scheinen sich von anderer Seite um so ernstere Schwierigkeiten zu erheben. Zunächst werden die Nachrichten immer bestimmter, daß Chile und Peru entschlossen sind, ihrer Allianz gegen Spanien einen aggressiven Charakter zu geben und dazu eine vereinigte Flotte nach den Plata-Mündungen zu senden, um von hier aus spanische Handelschiffe aufzubringen. Damit dürfte aber der längst ausgesprochene Zweck verbunden werden, eine Diversion zu Gunsten Paraguays zu machen, Montevideo oder Buenos Ayres durch einen Handstreich zu überfallen und auf diese Weise im Rücken der gegen Paraguay fechtenden alliierten Armeen die Triple-Allianz zu spalten. Man weiß nun zwar in Süd-Amerika recht gut, daß zwischen Drohung und Ausführung bei den Republiken der Westküste ein langer Weg ist; aber Leidenschaft hört bekanntlich nicht auf Verunsicherungen und so wäre es immerhin möglich, daß wir hier eine äalenisch-peruanische Flotte herbeiführen. Jedenfalls können bis dahin noch Monate vergehen und höchstens machen entscheidende Schläge gegen Humaitá, die Iquingburg Paraguay's, die ganze Besorgniß unruhig. Näher und bedrohlicher für Buenos Ayres ist die in dem conföderierten Staate Mendoza ausgeborene und vor der Hand gelungene Revolution, durch welche der legale Präsident dieser Provinz verjagt und ein gewisser Carlos Rodriguez einsteuern an seine Stelle gefetzt worden ist. Obgleich dieser Rodriguez selbst und seine Anhänger beteuern, daß dies nur eine ganz lokale Revolution gewesen sei, zu welcher ja alle kleinen südamerikanischen Staaten gewissermaßen ein Gewohnheitsrecht haben, — daß ferner damit keinerlei feindliche Absicht gegen die Conföderation verbunden sei, die Sache also durchaus keine politische Bedeutung habe, so weiß man doch hier recht gut, daß die entschlossenen Führer der Föderalist-Partei erst ganz lästig aus Chile nach Mendoza gekommen sind, um Unruhen in der Conföderation anzustiften.

\*) So nennen sich mit besonderem Stolze die Einwohner von Buenos Ayres.  
 \*\*) Nach Nachrichten über England aus Rio ist diese Ernennung wirklich erfolgt und Contre-Admiral Ignacio am 5. Dezember bereits nach dem La Plata abgegangen. Die Ernennung ist indessen nur eine interimsistische.

und dadurch den Präsidenten Mitre zum Rücktritt von der Allianz mit Brasilien zu zwingen. Der legale bisherige Präsident hält sich zwar noch in der Provinz selbst, hat einige Hundert seiner Anhänger um sich versammelt, hat Aussicht, noch mehr um sich zu versammeln, also auch Hoffnung, seinen Gegner wieder zu besiegen. General Mitre hat aber doch gleich vom Kriegsschauplatz den General Bauer mit einigen Truppen nach Mendoza geschickt, um dem Unfuge so bald als möglich ein Ende zu machen, denn er weiß, daß in den Platraländern spanischer Rasse nichts ansteckender ist als Revolutionen und Pronunciamientos. Bei solchen Vorgängen sieht auch der stolzeste Porteno immer mit einer Art von Churfürst, Alerger und Reid auf Brasilien, wo nun schon seit 1828 eine ununterbrochene und bedeutsame politische Ruhe herrscht.

**○ Nio de Janetro,** 8. Dezbr. [Die Deffnung der nördlichen Ströme für den Welthandel.] Das Wichtigste für Europa ist wohl die gestern erfolgte Unterzeichnung des kaiserlichen Decrets, welches die Hauptströme des Nordens von Brasilien, den Amazonas, den Tocantins und den San Francisco mit allen ihren Nebenflüssen, dem freien Verkehr für die Schiffe aller Nationen vom 7. September 1867 öffnet. Der Kaiser Dom Pedro II. wollte dies längst, aber erhebliche politische Bedenken und Verhältnisse standen seiner Absicht entgegen. Während der gespannten Verhältnisse, in denen Brasilien Jahre lang zu dem vorigen britischen Ministerium stand, schien es nicht räthlich, einen solchen Schritt zu thun, der leicht wie ein Nachgeben Brasiliens gegen die ganz unbegründeten Forderungen Großbritanniens erscheinen oder wie ein Erlaufen der Verseitung Englands gedeutet werden konnte. Jetzt aber, wo Brasilien mit allen europäischen Märkten in den besten Beziehungen steht, kommt plötzlich dieses Decret und wird besonders in Europa die ganze Handels- und Spekulationswelt in freudiges Erstaunen versetzen. Das Decret ist in liberalster Weise abgefaßt, legt so weit brasilianische Interessen berücksichtigt, keinerlei Belästigungen auf und behält nur bei denjenigen Zuflüssen des Amazonas weitere Bestimmungen vor, von welchen Brasilien nur das eine User, das andere aber Peru oder Venezuela gebürt. Der Staatsrat hat angelegentlich darüber beraten, weil allerdings die Befürchtung nahe liegt, daß sich am Amazonas entlang ganze englische und nordamerikanische Handels-Anstellungen gründen werden, die bei der so dünnen civil-stirten Bevölkerung jener noch gar nicht ausgebaute Gegenden leicht eine Selbstständigkeit gewinnen könnten, welche den Interessen der Reichseinheit nicht besonders förderlich ist. Auch die Nebenflüsse des Amazonas, der Tapajos, der Madeira und der Rio negro, sind so weit Brasilien darüber zu verfügen hat, vollständig freigegeben, also Peru, Ecuador und Bolivien auch vom atlantischen Ocean aus zugänglich geworden. Jedenfalls ist diese Maßregel eine der wichtigsten für die Interessen Europas im fernen Südamerika. Alle Reisen und Naturforscher, welche jene Gegenden im Norden Brasiliens durchstreift, sind darüber einig, daß hier noch eine neue Welt zu entdecken und für Europa fruchtbringend zu machen ist. Alexander v. Humboldt erklärt den Amazonas sogar für das nach Jahrhunderten künftige Centrum der Welt-Gebüslichkeit! Brasilien hat damit alle Diejenigen zum Schweigen gebracht, welche um die Wette behaupteten, dem Kriege gegen Paraguay läge die Absicht zu Grunde, die sämtlichen Gewässer des Plata-Bedens und die freie Schiffsahrt auf denselben nur für sich allein zu erobern. Allerdings muß Brasilien bestrebt sein, auf allen Flüssen, die in seinen inneren Provinzen entspringen, aber durch andere Länder erst in den Ocean gelangen, eine vollständig freie Bewegung der Schiffsahrt zu haben, und hat demgemäß unermäßigt mit Paraguay, der argentinischen Conföderation und Uruguay Verträge zu schließen versucht. Immer aber hat Paraguay sich widerstellt und den Paraguayfluss wie den oberen Parana in Fesseln zu legen getrachtet, dazu jene Bevölkerungen gebaut, welche zu überwinden jetzt der Triple-Allianz so viele Mühe kostet und die brasiliischen Provinzen Matto grosso, Goiás und São Paulo vollständig dem Weltverkehr verschlossen. Ja, der gegenwärtig wütende Krieg ist aus einer That des Dictators Lopez von Paraguay entstanden, welche dieses Verhältnis deutlich veranschaulicht. Von Rio de Janeiro bis Guyala, Hauptstadt der Provinz Matto grosso (dichter Wald), im fernen Westen, hat man zu Lande 60 Tagereisen zurückzulegen. Es muß daher die Communication durch den Umweg über die Plataumündung, den Parana, Paraguay und San Lourenço hinauf, zu Wasser eingeschlagen werden. Als nun der neuernannte brasiliische Gouverneur der Provinz Matto grosso, den Paraguay hinauf, bei Assuncion, der Hauptstadt des Dictators Lopez, vorüberfahren wollte, nahm Lopez das Schiff mit Bordwaffen und Geld weg und den Gouverneur gefangen, so daß, als nun der Krieg ausbrach, die Provinz Matto grosso vollständig isolirt war. Solche Zustände, solches Abbinden seiner Lebensader kann sich Brasilien allerdings nicht gefallen lassen und muß seine ganze Kraft anwenden, um sie zu beseitigen. Ein solider Beweis, daß Brasilien die Deffnung jener Flüsse nicht für sich und seine Interessen allein, sondern wirklich für den Welthandel will, kann es wohl nicht geben, als indem es aus freien Städten diejenigen Ströme besitzt, welche ausschließlich in seinem eigenen Gebiete liegen. Auch der Paragraph des Tractats, den die Triple-Allianz in Buenos Ayres abgeschlossen und welcher feststellt, daß die am Paraguay und Parana vom Dictator Lopez aufgeführten Beschlagnahmen unter allen Umständen geschleift werden müssen, hat keinen anderen Grund, als dass die Fesseln dieser Ströme für immer zu lösen. Brasilien hat an den Anhang des Flusses Paraguay, Parana und Uruguay ganz bestimmte Eigentumsrechte, teilweise grenzt es an dieselben, muß sie also frei befahren können. Den Plata aber und den Amazonas mit ihren mächtigen Zuflüssen dem Welthandel geöffnet zu haben, wird für alle Zeit ein unbestreitbares und großes Verdienst für Brasilien sein.

### Telegraphische Depeschen.

**Konstantinopol,** 9. Jan. Nach Epirus sind 5 Infanterie-Bataillone abgerückt, 3 weitere sind zum Marsche bereit. Die dortige Christenbevölkerung verweigert den eingefallenen Banden der Hellenen die Lebensmittel. Nachrichten aus Candia melden: Der Insurgentenchef Zimbrakaki ist mit einer Abtheilung von Freiwilligen nach Griechenland eingeziffert.

**Coburg,** 10. Jan. Die „Coburger Zeitung“ dementiert officiell die Zeitungsnachricht, daß die thüringischen Fürsten beabsichtigen, zu Gunsten des Großherzogs von Weimar abzudanken. (Wolffs L. B.)

### L i t e r a r i s c h e s.

**△ Geschichte des deutschen Volkes und seiner Cultur von G. Eugeneheim.** 2. Band. Leipzig bei Wilh. Engelmann, 1866. Schon bei Besprechung des 1. Bandes nahmen wir Gelegenheit, auf die Bedeutung des vorliegenden Werkes hinzuweisen; der zweite Band bestätigt unsere Ansicht, daß wir es mit einem Werke zu thun haben, welches gleich einer Philosophie der Geschichte, nur mit noch realerer Basis, den wahren Unterbau historischer Bildung fördert hilft. Neben den bekannten wichtigen Quellen werden die neuesten Werke und Monographien, die an und für sich auf genauem Special-Quellenstudium basiren, verwerthet und es ist läblich, daß der Verfasser nie das Quellenstudium allein entscheiden läßt, sondern der entschieden und aufzellartigen Ansicht der Gegenwart in der Auffassung schwieriger Streitfragen Rechnung trägt. Das vierte Buch beginnt mit Conrad I. und der Darstellung der argen Gefährdung der deutschen Einheit. „Jeder Stamm gewahrte die Gleichberechtigung der Reichsversammlung darin, daß er der herrschende werde, der sich dem anderen gegenüber wolle.“ Ein ausgedehnter auch in volkswirtschaftlicher Beziehung durchgearbeitetes Capitel schildert Heinrichs I. große Verdienste um Wiedererhebung der deutschen Wehrkraft, seine Kämpfe mit den Ungarn, Slaven und Dänen, seine militärische Größe und seinen Tod. Durch die Schlacht auf dem Lechfelde wird Deutschland von den Ungarn erlöst, die italienischen Witen gewinnen, da Deutschland sich befreit. Die verbündeten Mönche in einzelnen Handlungen nachfolgenden Regenten werden in ihren Consequenzen entwickelt. Das fünfte Buch behandelt die fränkischen Kaiser und Lothar den Sachsen. Am eingehendsten und tiefendsten ist der Einfluß Rom's auf Deutschland gezeichnet, besonders das welt-historische Wirken und Schaffen Gregors VII. Das sechste Buch, über die Hohenstaufen, läßt aber dem an Thaten reichen Vorwürfe die für die Cultur wichtigen nebenfachlichen Ereignisse nicht überdröhrt, so z. B. die Christianisierung und Germanisierung der deutschen Slavenländer; genauer geht dann das siebente Buch auf Deutschlands innere Entwicklung ein; als hervorragend erwähnen wir hier die Schilderung der wachsenden Analogie des Christentums mit dem Heidenthum, des Ritter- und Mönchtums, des Einflusses der Kreuzzüge, der Entstehung der Gemeinden und Bünde. — Die Kämpfe der Städte um ihre Selbstverhaltung entwideln den man

